Alison Des Forges

Kein Zeuge darf überleben
Der Genozid in Ruanda

Hamburger Edition

Human Rights Watch /
Fédération Internationale des Ligues des Droits de L'Homme

Alison Des Forges

Kein Zeuge darf überleben

Der Genozid in Ruanda

Aus dem Amerikanischen von Jürgen Bauer, Fee Engemann, Renate Hardt, Edith Nerke,Carmen von Samson-Himmelstjerna und Gisela Schwarz

Hamburger Edition

Einleitung

»Als ich nach draußen kam, waren keine Vögel da«, berichtete ein Überlebender, der sich während des Völkermordes versteckt gehalten hatte. »Die Sonne schien, und es stank nach Tod.«

Im Juli 1994 hing über weiten Teilen von Ruanda der süßliche, ekelerregende Gestank verwesender Leichen: auf den Gipfeln von Nyanza oberhalb der Hauptstadt Kigali, wo Schädel und Knochen, zerrissene Kleidungsstücke und Papierfetzen im Gebüsch verteilt waren; in Nyamata, wo sich auf Bänken und Fußboden einer Kirche Leichname häuften; in Nyarubuye im Osten Ruandas, wo der vor den Stufen einer Kirche liegende Leichnam eines Mädchen von so vielen Fahrzeugen überrollt worden war, daß er nur noch so dünn wie ein Stück Pappe war; an den Ufern des idyllischen Kivu-Sees im Westen von Ruanda, wo man Leichenteile die Steilküste hinuntergeworfen hatte; und auch in Nyakizu in Südruanda, wo die Sonne im Sand eines Schulhofs Teile von Knochen bleichte und wo auf einem nahe gelegenen Hügel der Brustkorb eines enthaupteten Kindes lag, der nur noch von einem kleinen roten Pullover zusammengehalten wurde.

In den 13 Wochen nach dem 6. April 1994 sind bei dem Völkermord in Ruanda mindestens eine halbe Million Menschen umgekommen. Möglicherweise macht ihre Zahl sogar drei Viertel des zu den Tutsi gehörenden Bevölkerungsanteils aus. Gleichzeitig wurden aber auch Tausende Hutu niedergemetzelt, weil sie sich gegen die Mordtaten und deren Anführer stellten.

Die Geschwindigkeit und Zerstörungswut, mit der die Mörder zuschlugen, ließen auf eine Verirrung der Natur schließen. »Ein Volk ist wahnsinnig geworden«, sagten einige Beobachter, während andere »einen neuen Kreislauf ethnisch motivierter Gewalt« zu erkennen glaubten. Die rund sieben Millionen Menschen zählende Bevölkerung Ruandas setzt sich aus drei ethnischen Gruppen zusammen. Die Twa sind zu wenige, um politisch eine Rolle zu spielen, so daß Hutu und Tutsi unmittelbar miteinander konfrontiert sind. Die zahlenmäßig weitaus größere Bevölkerung der Hutu hatte die vergangenen Jahre, in denen sie unter der Unterdrückung des Tutsi-Regimes gelebt und Gefühle von Groll und Furcht gegenüber der Minderheit angestaut hatte, nicht vergessen. Die inzwischen von Hutu geführte Regierung befand sich im Krieg mit der von Tutsi dominierten Rebellengruppe Ruandische Patriotische Front (RPF). Hinzu kam, daß Ruanda – ohnehin eines der ärmsten Länder der Welt – durch Überbevölkerung und fallende Weltmarktpreise für seine Produkte immer tiefer in die Armut geriet. Dürre und Krieg hatten die Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigt, so daß 1994

schätzungsweise 800 000 Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen waren.

Doch der Völkermord war beileibe kein unkontrollierbarer Ausbruch der Wut eines von »althergebrachtem Stammeshaß« erfüllten Volkes. Genausowenig war er die vorhersehbare Folge durch Armut und Überbevölkerung entfesselter Kräfte.

Der Völkermord war das Ergebnis einer bewußten Entscheidung, getroffen von einer modernen Elite, die sich durch Verbreitung von Haß und Angst den Machterhalt zu sichern suchte. Diese kleine, privilegierte Gruppe brachte zunächst die Mehrheit gegen die Minderheit auf, um der zunehmenden Opposition innerhalb Ruandas Herr zu werden. Dann jedoch, angesichts der sowohl auf dem Schlachtfeld als auch am Verhandlungstisch erzielten Erfolge der RPF, änderten die Machthaber ihre Strategie der ethnischen Teilung und setzten statt dessen auf den Völkermord. Sie glaubten, ein Vernichtungsfeldzug könne die Solidarität der Hutu unter ihrer Führung wiederherstellen und ihnen dabei helfen, entweder den Krieg zu gewinnen oder zumindest ihre Chancen auf ein für sie günstiges Ergebnis der Friedensverhandlungen zu verbessern. Sie rissen die Kontrolle über den Staat an sich und bedienten sich seiner Maschinerie und seiner Autorität, um ihr Blutbad durchzuführen.

Ebenso wie die Organisatoren des Völkermordes waren auch die Täter keineswegs Dämonen oder Marionetten, die Kräften ausgesetzt waren, denen sie sich nicht entziehen konnten. Sie waren Menschen, die sich entschieden hatten, Böses zu tun. Zehntausende von Furcht, Haß oder der Hoffnung auf Profit getriebene Menschen trafen eine schnelle und leichte Wahl. Sie begannen zu töten, zu vergewaltigen, zu rauben und zu zerstören. Bis zum Schluß fielen sie immer wieder über Tutsi her – ohne Zweifel oder Reue. Viele von ihnen ließen ihre Opfer entsetzlich leiden und erfreuten sich daran.

Hunderttausende andere entschlossen sich nur zögerlich zur Beteiligung am Völkermord, einige unter Zwang oder aus Angst um ihr Leben. Anders als die Zeloten, die ihre erste Wahl niemals in Frage stellten, mußten diese Menschen immer wieder neu entscheiden, ob sie sich beteiligen wollten oder nicht, mußten ständig aufs neue abwägen, zwischen der geplanten Vorgehensweise und der Wahl des Opfers, ob ihnen eine Beteiligung Gewinn einbringen oder was es sie kosten würde, wenn sie nicht mitmachten. Daß vermeintlich legitime Behörden zu Angriffen anstachelten oder diese anordneten, machte es den Zweifelnden leichter, Verbrechen zu begehen und dennoch zu glauben oder vorzugeben, sie hätten nichts Unrechtes getan.

Die politischen Entscheidungsträger in Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten wußten ebenso wie die Vereinten Nationen von den Vorbereitungen für ein gewaltiges Blutbad, unterließen jedoch die zu seiner Verhütung notwendigen Maßnahmen. Von Anfang an war ihnen bewußt, daß die

Vernichtung der Tutsi geplant war, doch die führenden ausländischen Politiker wollten nicht einräumen, daß es sich um einen Völkermord handelte. Um die Anführer und ihre Zeloten aufzuhalten, hätte es einer militärischen Intervention bedurft, wofür in der Anfangsphase bereits eine relativ kleine Truppe ausgereicht hätte. Doch die internationale politische Führung wollte nicht nur dieser Marschrichtung nicht folgen, sie lehnte es auch wochenlang ab, ihre politische und moralische Autorität zu nutzen, um die Legitimität der für den Völkermord verantwortlichen Regierung in Frage zu stellen. Sie weigerte sich zu erklären, daß eine Regierung, die sich der Ausrottung ihrer Bürger schuldig gemacht hat, niemals internationale Unterstützung erhalten würde. Sie tat rein gar nichts, um den Radiosender zum Schweigen zu bringen, der Aufrufe zum Mord ausstrahlte. Und doch hätten schon derart einfache Maßnahmen ausgereicht, um die starke Stellung von Behörden, die sich dem Massenmord gefügt hatten, zu untergraben und die Ruander zum Widerstand gegen den Vernichtungsfeldzug zu ermutigen.

Als die internationale politische Führung schließlich ihre Mißbilligung laut werden ließ, vernahmen dies die für den Völkermord verantwortlichen Behörden sehr wohl. Zwar ließen sie nicht von ihrem Ziel ab, änderten aber gleichwohl ihre Taktik. Dieser kleine Erfolg macht jedoch die eigentliche Tragödie um so deutlicher. Denn wenn ein derart zaghafter Protest Ende April eine solche Wirkung erzielte, was wäre erst das Resultat gewesen, hätte die ganze Welt bereits Mitte April ihre Stimme erhoben und »Nie wieder« gerufen?

Die vorliegende und in der Einführung zusammengefaßte Studie schildert im Detail, wie der mörderische Feldzug ausgeführt wurde. Sie verbindet mündliche Aussagen und ausführliche schriftliche Dokumentationen. Die Studie umfaßt Interviews mit Menschen, deren Vernichtung geplant war, die jedoch überleben konnten, mit Personen, die selbst getötet oder Morde angeordnet haben, mit Menschen, die andere tatsächlich gerettet oder es zumindest versucht haben, sowie mit jenen, die das Morden mit angesehen haben und versuchten, davor die Augen zu verschließen. Der vorliegende Bericht enthält ferner Protokolle örtlicher Zusammenkünfte, bei denen Operationen gegen die Tutsi geplant wurden, sowie den Schriftverkehr von Verwaltungsbeamten, die ihren Untergebenen Glückwünsche für die erfolgreiche Vernichtung »des Feindes« aussprachen. Er analysiert ferner die verschiedenen Sprachebenen und das Verschweigen von Tatsachen, mittels deren man bei Radiosendungen oder öffentlichen Zusammenkünften die Menschen über den tatsächlichen Verlauf des Völkermordes hinwegtäuschte. Der Bericht stellt den Völkermord in einen unmittelbaren politischen Kontext und zeigt auf, wie kommunale oder nationale Rivalitäten unter den Hutu den Verlauf der Vernichtungskampagne gegen die Tutsi beeinflußt haben. Des weiteren

geht er taktischen Veränderungen bei der Organisation des Feldzuges nach und schildert dessen Zusammenbruch nach dem Sieg der RPF über die Regierung.

Die vorliegende Dokumentation stützt sich auf zahlreiche Quellen, darunter bislang unveröffentlichte Aussagen und Dokumente von Diplomaten und Mitarbeitern der Vereinten Nationen, die belegen, wie die internationalen Akteure dabei versagt haben, den Völkermord zu verhindern oder zu beenden. Sie stellt ferner einen Zusammenhang her zwischen der Untätigkeit auf internationaler Ebene und der Ausweitung des Völkermordes und zeigt auf, daß die schließlich doch noch laut gewordenen internationalen Proteste selbst bei örtlichen Zusammenkünften und in abgelegenen Gebieten Ruandas Thema von Debatten waren. Damit wird belegt, daß die internationale Gemeinschaft, trotz ihrer Bemühungen, sich aus dem Geschehen herauszuhalten, in gewisser Weise Anteil am Völkermord in Ruanda hatte.

Der Völkermord: eine Zusammenfassung

Die Strategie der ethnischen Spaltung

Als die RPF am 1. Oktober 1990 von Uganda aus nach Ruanda eindrang, verlor der seit nahezu zwei Jahrzehnten regierende Präsident Juvénal Habyarimana an Popularität bei den Ruandern. Obwohl es die erklärte Absicht der RPF war, ihn aus dem Amt zu entfernen und die Rückkehr Hunderttausender ruandischer Flüchtlinge zu ermöglichen, die seit einer Generation im Exil gelebt hatten, sah der Präsident die Rebellen zunächst nicht als ernsthafte Bedrohung an. Dennoch entschieden er und ihm nahestehende Kabinettsmitglieder, die Bedrohung durch die RPF hochzuspielen, um auf diese Weise dissidente Hutu wieder auf ihre Seite zu ziehen. Gleichzeitig erklärten sie die Tutsi unter den Ruandern zu Kollaborateuren mit der RPF. Die folgenden dreieinhalb Jahre arbeitete diese Elite daran, die Bevölkerung zu spalten in gegenüber dem Präsidenten loyale »Ruander« und *»ibyitso«* oder »Komplizen des Feindes«, womit Angehörige der Tutsi-Minderheit oder der Hutu-Opposition gemeint waren.

In dem Bemühen, unter den Hutu Gefühle von Haß und Furcht gegenüber den Tutsi zu säen, setzte der Kreis um Habyarimana auf die Erinnerung der Bevölkerung an die einstige Herrschaft der Minderheit und an das Erbe der Revolution von 1959, die das Tutsi-Regime gestürzt und viele von ihnen ins Exil getrieben hatte. Es war nicht schwer auszumachen, wer zu den Tutsi

gehörte: Per Gesetz müssen sich sämtliche Ruander entsprechend ihrer Volkszugehörigkeit registrieren lassen. Auf dem Lande – nur wenige Ruander wohnen in Städten – wußte man ohnehin im allgemeinen, wer Tutsi war. Hinzu kam, daß man viele Tutsi schon an ihrer körperlichen Erscheinung als solche erkennen konnte.

Allerdings war es kein leichtes Unterfangen, die Bindungen zwischen Hutu und Tutsi zu zerstören. Jahrhundertelang hatten sie dieselbe Sprache gesprochen, sie besaßen eine gemeinsame Geschichte und Kultur und teilten dieselben Ideen. Sie lebten als Nachbarn, besuchten dieselben Schulen und Kirchen, arbeiteten in denselben Büros und tranken in denselben Bars. Eine beträchtliche Zahl von Ruandern entsprang darüber hinaus Mischehen zwischen Hutu und Tutsi. Um also die ethnische Identität zum vorherrschenden Thema zu machen, mußten Habyarimana und seine Anhänger die Unterschiede innerhalb der breiten Masse der Hutu beseitigen oder zumindest verringern, insbesondere die zwischen den Bewohnern des Nordwestens und der übrigen Landesteile, zwischen Anhängern unterschiedlicher politischer Lager und zwischen Armen und Reichen.

Von Anfang an waren die Machthaber darauf vorbereitet, ihre Ziele mit Hilfe tätlicher Angriffe und Beschimpfungen zu erreichen. Mitte Oktober 1990 und fünf weitere Male bis 1994 ordneten sie Massaker an, denen Hunderte Tutsi zum Opfer fielen. Bisweilen töteten die Anhänger von Habyarimana auch politische Gegner unter den Hutu, ihr erklärtes ideologisches Ziel blieb jedoch der Mord an Tutsi.

Als Habyarimana 1991 das Machtmonopol seiner Partei aufgeben mußte, bildeten sich rasch rivalisierende Parteien, die um die Unterstützung der Bevölkerung wetteiferten. Mehrere von ihnen gründeten Jugendorganisationen, deren Mitglieder bereitstanden, um für die Interessen ihrer Parteigenossen zu kämpfen. Von Anfang 1992 an ließ Habyarimana die Jugend seiner Partei militärisch ausbilden, um sie dann in eine unter dem Namen *Interahamwe* (Die zusammenstehen oder Die zusammen angreifen) bekannte Miliz zu übernehmen. Massaker der *Interahamwe* an Tutsi sowie andere Verbrechen der Miliz blieben ebenso ungesühnt wie Übergriffe anderer Gruppierungen. So entstand der Eindruck, es sei »normal«, zur Erreichung politischer Ziele Gewalt einzusetzen.

Das Blutbad wird vorbereitet

Bis Ende 1992 konnten Habyarimana und seine Gruppe mit Angriffen, bösartiger Propaganda und ständigen politischen Manövern die Gräben zwischen Hutu und Tutsi beträchtlich vertiefen. Nachdem jedoch die RPF 1993

bedeutende militärische Erfolge hatte verzeichnen und eine für sie vorteilhafte Friedensvereinbarung treffen können, nach der Staatsvertreter – und dazu zählte auch der Präsident – für Übergriffe der Vergangenheit strafrechtlich verfolgt werden konnten, sahen sich Präsident Habyarimana und seine Anhänger mit einem drohenden Machtverlust konfrontiert. Auch weite Teile der Hutu, selbst wenn sie sich zuvor nicht für Habyarimana eingesetzt hatten, zeigten sich zunehmend besorgt angesichts der Ambitionen der RPF. Diese Befürchtungen machte sich der neue Sender Radio Télévision Libre des Mille Collines (RTLM) ebenso zunutze wie eine parteienübergreifende Bewegung namens Hutu Power, welche die seit drei Jahren von Habyarimana verfochtene ethnische Solidarität unter den Hutu verkörperte. Ende Oktober 1993 nahmen im benachbarten Burundi Soldaten der Tutsi den erst wenige Monate zuvor in freien und fairen Wahlen gewählten Hutu-Präsidenten gefangen und ermordeten ihn. Der Mord löste Massaker aus, bei denen Zehntausende Burunder – sowohl Hutu als auch Tutsi – den Tod fanden. Das Verbrechen, das von RTLM massiv für politische Zwecke ausgebeutet wurde, bestätigte die Befürchtungen vieler ruandischer Hutu, daß die Tutsi niemals die Macht mit ihnen teilen würden, und verschaffte der Bewegung Hutu Power beträchtlichen Zulauf.

In der Zwischenzeit traf der Kreis um Habyarimana logistische und organisatorische Vorbereitungen für den Angriff auf die Minderheit der Tutsi. Im Verlauf des Jahres 1993 erweiterten einige Loyalisten aus der Partei Habyarimanas die Rekrutierungs- und Ausbildungsprogramme der *Interahamwe*. Andere, die möglicherweise Belastungen der Miliz durch rivalisierende Parteigenossen befürchteten, schlugen die Bildung einer »zivilen Selbstverteidigungstruppe« vor, für die weniger auf Parteiebene, sondern eher auf dem Verwaltungswege junge Männer rekrutiert werden sollten. Diese Rekruten sollten von ehemaligen Soldaten oder Ortspolizisten ausgebildet werden, die sie bei Einsätzen gegen den »Feind« in ihren Gemeinden anleiten sollten. Anfang 1993 entwarf Hauptmann Théoneste Bagosora in seinem Terminkalender erste Elemente eines solchen Programms, während der Intellektuelle Ferdinand Nahimana in einem Brief an Freunde und Kollegen gleichfalls die Bildung einer derartigen Truppe befürwortete und Verwaltungsbeamte darangingen, Listen mit den Namen ehemaliger Soldaten, die solche Truppen anführen könnten, aufzustellen. 1993 und Anfang 1994 gaben Soldaten und politische Führer Schußwaffen an Milizen und andere Anhänger Habyarimanas aus, doch Bagosora und andere kamen zu dem Schluß, es sei zu kostspielig, an alle Beteiligten der »zivilen Selbstverteidigungstruppe« Schußwaffen zu verteilen. Statt dessen schlugen sie vor, die jungen Männer mit Macheten und ähnlichen Waffen auszustatten. Habyarimana nahestehende Geschäftsleute importierten daraufhin eine große Zahl

von Macheten, genug, um jeden dritten erwachsenen männlichen Hutu zu bewaffnen.

Die RPF erhielt Kenntnis von diesen Vorbereitungen und ahnte den kommenden Konflikt. Auch sie rekrutierte weitere Anhänger und Truppenangehörige und verstieß gegen das Friedensabkommen, indem sie die Zahl der Soldaten und Schußwaffen in Kigali erhöhte. Die RPF erkannte die Gefahr, die neuerliche Kampfhandlungen für die Tutsi darstellen würden, insbesondere für jene, die sich in den vergangenen Monaten öffentlich als Anhänger der RPF zu erkennen gegeben hatten, und leiteten entsprechende Warnungen auch an ausländische Beobachter weiter.

Der Angriff

Von Ende März 1994 an waren die Führer von Hutu Power entschlossen, Tutsi und habyarimanafeindliche Hutu in einem großangelegten Blutbad niederzumetzeln, um sich der »Komplizen« zu entledigen und die Friedensvereinbarung zunichte zu machen. Sowohl in der Hauptstadt Kigali als auch in entlegenen Gebieten wie Cyangugu im Südwesten Ruandas, in Gisenyi im Nordwesten und in Murambi im Nordosten standen Soldaten und Milizen bereit, um die anvisierten Opfer anzugreifen. In anderen Landesteilen waren die Vorbereitungen dagegen noch nicht abgeschlossen. In der Landesmitte war die Doktrin von Hutu Power erfolgreich verbreitet worden, doch herrschte Unsicherheit darüber, wie viele der gewöhnlichen Menschen die Ideologie auch tatkräftig umsetzen würden. In anderen Landesteilen, beispielsweise im Süden Ruandas, hatte Hutu Power nicht genügend Anhänger für ihre Idee gewinnen, geschweige denn organisieren können, um sie in die Tat umzusetzen.

Am 6. April 1994 wurde das Flugzeug mit Präsident Habyarimana an Bord durch Raketen zum Absturz gebracht. Die Verantwortlichen für dieses Verbrechen sind niemals identifiziert worden. Eine kleine Gruppe seiner engsten Verbündeten – es ist ungewiß, ob sie an dem Anschlag auf den Präsidenten beteiligt waren oder nicht – entschied, die geplante Vernichtungsaktion durchzuführen. Mit Rückendeckung der Milizen ermordeten Angehörige der Präsidentengarde und anderer Truppenteile unter Hauptmann Bagosora Regierungsvertreter der Hutu und die Anführer der politischen Opposition und schufen auf diese Weise ein Vakuum, in dem Bagosora und seine Anhänger die Kontrolle übernehmen konnten. Gleichzeitig begannen Soldaten und Milizionäre mit dem systematischen Mord an den Tutsi. Innerhalb weniger Stunden entsandten, weitab von der Hauptstadt, Militäroffiziere und Verwaltungsbeamte Soldaten und Milizionäre in die Umgebung, um Tutsi und die

politischen Führer der Hutu zu ermorden. Nach monatelangen Warnungen, Gerüchten und ersten Angriffen versetzten die Gewaltakte Ruander und Ausländer gleichermaßen in Panik. Die Schnelligkeit, mit der die ersten Morde verübt worden waren, vermittelte den Eindruck, man habe es mit einer großen Zahl von Angreifern zu tun. Tatsächlich war ihre Wirkung aber wohl eher auf ihre Umbarmherzigkeit und ihr organisiertes Vorgehen zurückzuführen als auf ihre große Zahl.

Ein Rekrutierungsprogramm für den Völkermord

Der Völkermord war keine Todesmaschinerie, die sich unaufhaltsam vorwärts bewegte, sondern eher ein Feldzug, dessen Teilnehmer im Laufe der Zeit mit Hilfe von Drohungen und Anreizen rekrutiert wurden. Zu den ersten Organisatoren zählten Militäroffiziere und Verwaltungsbeamte, Politiker, Geschäftsleute sowie andere Personen, die keine offiziellen Ämter innehatten. Um den Völkermord durchführen zu können, mußten sie sich des Staates bemächtigen. Das hieß nicht nur, Personen ihrer Wahl an die Spitze der Regierung zu bringen, sondern auch, sich in allen anderen Bereichen des Systems der Zusammenarbeit von Beamten zu versichern.

Zunächst bemühten sich Bagosora und sein Umfeld um die Rückendekkung oder zumindest das Einverständnis der Mehrheit der Militärführung. Während noch unter ihrem Kommando stehende Truppen in den Straßen Ruandas Zivilisten ermordeten, begannen sie bereits mit den Verhandlungen um militärische Unterstützung. Bagosoras erster Vorschlag, selbst die Macht zu übernehmen, wurde sowohl von mehreren einflußreichen Offizieren als auch vom führenden Vertreter der Vereinten Nationen in Ruanda zurückgewiesen. Seinen nächsten Schritt, ein Regime aus Extremisten zu bilden und als angeblich legitime Regierung einzusetzen, akzeptierten dagegen sowohl die Soldaten als auch der UN-Vertreter und die internationale Gemeinschaft. Einen Tag nach Habyarimanas Tod nahm die RPF den bewaffneten Kampf gegen die Regierungstruppen wieder auf und reagierte so auf anhaltende Angriffe der ruandischen Armee auf Zivilpersonen und das Hauptquartier der RPF. Das erneute Aufflammen des Krieges und der darauf folgende Druck, sich solidarisch zu zeigen, erschwerte es den Offizieren, die Bagosora ablehnend gegenüberstanden, sich seinem Vorgehen zu widersetzen.

Bei der Konsolidierung ihrer Kontrolle über die Militärführung kamen der neuen Führung in Ruanda die ersten nur zögerlichen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft beträchtlich zugute. Nur wenige Stunden lang versuchten die UN-Truppen, die sich auf der Grundlage des Friedensabkommens in Ruanda aufhielten, den Frieden aufrechtzuerhalten, dann zo-

gen sie sich – auf Anordnung ihrer Vorgesetzten in New York – von ihren Posten zurück und lieferten die örtliche Bevölkerung der Gnade ihrer Angreifer aus. Bagosorafeindlichen Offizieren war klar, daß für eine Begrenzung des Vernichtungsfeldzuges eine Fortdauer der ausländischen Präsenz von grundlegender Bedeutung war. Sie appellierten an die Vertreter Frankreichs, Belgiens und der USA, Ruanda nicht zu verlassen. Doch in Erwartung der drohenden Greuel hatten die Ausländer ihre Koffer schon gepackt. Eine erfahrene und gutausgerüstete Truppe französischer, belgischer und italienischer Soldaten eilte schnellstens herbei, um alle Ausländer zu evakuieren, und verließ das Land gleich darauf wieder. In das Gebiet entsandte Soldaten der US-Marineinfanterie blieben gleich in Burundi, als deutlich wurde, daß die US-Bürger auch ohne ihre Hilfe aus Ruanda würden evakuiert werden können. Der erste Eindruck, daß die internationale Gemeinschaft dem Schicksal der Ruander gleichgültig gegenüberstehe, bestätigte sich kurz darauf, als die Belgier erste Vorkehrungen dafür trafen, ihre Kontingente aus den UN-Friedenstruppen abzuziehen. Zuvor waren zehn ihrer Soldaten, die nicht an der Evakuierungsaktion teilgenommen hatten, ermordet worden. Ganz wie die Organisatoren der Gewaltakte dies vorausgesehen hatten, wollte die belgische Regierung das Risiko weiterer Opfer nicht eingehen.

Vor dem Hintergrund der Billigung des ruandischen Militärs und der Flucht der Ausländer gingen Bagosora und seine Verbündeten nun daran, auch Verwaltungsbeamte und politische Führer in ihre Mordkampagne einzubinden. Sie erwarteten und erhielten Unterstützung von Politikern, Präfekten und Bürgermeistern, die Habyarimanas Partei angehörten. Doch um ihren mörderischen Feldzug noch auszuweiten, benötigten Bagosora und seine Leute auch die Unterstützung von Verwaltungsbeamten und örtlichen Führern der anderen Parteien, die in Zentral- und Südruanda den stärksten Rückhalt hatten. Die Anhänger dieser Parteien, die in den ersten Tagen wie gelähmt mit angesehen hatten, wie ihre Kollegen unter den Hutu ermordet worden waren, waren inzwischen bereit, Soldaten und Milizen Widerstand zu leisten, von denen sie annahmen, sie kämpften nur für die Wiederherstellung der alleinigen Kontrolle durch die Partei von Habyarimana. Die neuen Machthaber jedoch beeilten sich, diese Bedenken zu zerstreuen. So beriefen sie für den 11. April ein Treffen der Präfekten ein und ließen am 12. April über den Rundfunk Appelle des Verteidigungsministers und einflußreicher Politiker ausstrahlen, die für die Einheit der Hutu warben und betonten, Parteiinteressen müßten zurückstehen im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Tutsi.

Am 15. April wurde deutlich, daß der UN-Sicherheitsrat den Friedenstruppen nicht nur keine Anweisung geben würde, der Gewalt nach Möglich-

keit Einhalt zu gebieten, sondern sogar einen vollständigen Rückzug aus Ruanda in Betracht zog. Bis dahin hatten die Organisatoren des Völkermordes ihre Reihen beträchtlich gefüllt und waren nun stark genug, ihre Gegner aus dem Weg zu räumen und die Einwilligung in den Vernichtungsfeldzug durchzusetzen. Am 16. und 17. April lösten sie den Militärstabschef ab sowie jene Präfekte, von denen bekannt war, daß sie sich dem Morden widersetzen würden. Ein Präfekt wurde später in Haft genommen und hingerichtet, der andere zusammen mit seiner Familie ermordet. Drei Bürgermeister sowie mehrere andere Funktionsträger, die versucht hatten, das Gemetzel zu beenden, wurden ebenfalls getötet, entweder Mitte April oder kurz darauf. Die Anführer des Völkermordes beriefen in der Mitte und im Süden Ruandas Versammlungen ein, um noch zaudernde örtliche Verwaltungsbeamte unter Druck zu setzen, mit ihnen zu kollaborieren. Gleichzeitig zogen sie ihre Mörder aus Gegenden ab, in denen das Blutbad in vollem Gange war, und schickten sie in Gemeinden in der Mitte und im Süden Ruandas, wo die Bewohner ihre Beteiligung an dem Morden verweigert hatten. Außerdem bedienten sie sich des Rundfunks, um Verwaltungsbeamte und örtliche Politiker, die zur Besonnenheit aufgerufen hatten, zu verspotten und zu bedrohen.

Die Struktur

Bis zum 20. April – zwei Wochen nach dem Flugzeugabsturz – hatten die Organisatoren des Völkermordes die Kontrolle über den in hohem Maße zentralisierten Staatsapparat zwar noch nicht vollständig, aber doch in wesentlichen Teilen übernommen. Die Verwaltung funktionierte nach wie vor bemerkenswert gut, obwohl es durch den Krieg zu Unterbrechungen der Nachrichtenübermittlung und der Transportwege gekommen war. Anordnungen des Ministerpräsidenten wurden an den betreffenden Präfekten weitergeleitet, der sie wiederum an die Bürgermeister weitergab, die in ihren Kommunen Versammlungen einberiefen, bei denen sie diese Anweisungen der Bevölkerung vorlasen. Von Nord bis Süd, von West bis Ost waren überall dieselben Rufe nach »Selbstverteidigung« gegen die »Komplizen« zu vernehmen. Das Morden wurde als »Arbeit« bezeichnet, und Macheten und Schußwaffen waren »Werkzeuge«. Berichte über die Situation vor Ort und Protokolle von Versammlungen der Bewohner des Hügellandes wurden über die Kanäle der Verwaltung den zuständigen Personen zugeleitet.

Unter Rückgriff auf die Hierarchien des Militärs sowie des politischen und des Verwaltungssystems konnten die Organisatoren des Völkermordes die Vernichtung der Tutsi mit erstaunlicher Geschwindigkeit und Gründlichkeit vorantreiben. Soldaten, Nationalpolizisten *(gendarmes)*, ehemalige Soldaten

und Kommunalpolitiker spielten bei dem Blutbad eine größere Rolle, als allgemein bekannt ist. Soldaten und Nationalpolizei leiteten nicht nur die ersten Morde in der Hauptstadt und anderen Städten ein, im ganzen Land wurden sämtliche größeren Massaker von ihnen angeordnet. Zwar waren nur wenige von ihnen persönlich bei Massentötungen anwesend, doch verfügten sie über taktische Kenntnisse und konnten Kriegswaffen wie Granaten, Maschinengewehre und selbst Mörser bedienen, die bei den Massakern zum Einsatz kamen und zahlreiche Menschen töteten. Zunächst waren es militärische Angriffe, die unzählige Menschenleben unter den unbewaffneten Tutsi forderten, erst dann rückten zivile Mörderbanden nach, die mit Waffen wie Macheten, Hämmern und Knüppeln ausgerüstet waren, und vollendeten das Blutbad. Überdies hetzte das Militär noch zögerliche Zivilisten und örtliche Verwaltungsbeamte zur Beteiligung an den Morden auf, und wenn es auf Widerstand stieß, erteilte es kurzerhand einen Befehl. Dazu reisten Militärs bis in die hintersten Winkel des Landes, um selbst in kleinen Marktflecken ihre tödliche Botschaft zu verbreiten.

Aufgabe der Verwaltungsbeamten war es, die Tutsi aus ihren Häusern zu holen und auf Sammelplätzen für das kommende Blutvergießen zusammenzutreiben, sowie eine große Zahl von Angreifern zu mobilisieren, Beförderungsmöglichkeiten für sie sicherzustellen und sie mit »Werkzeug« für ihre »Arbeit« auszustatten. Des weiteren mußten sie die Entsorgung der Leichen organisieren und die Verteilung geplünderten Eigentums und beschlagnahmten Landbesitzes regeln. An sich nützliche Verwaltungsabläufe, beispielsweise der obligatorische Arbeitseinsatz für das Gemeinwohl *(umuganda)* oder der Einsatz von Sicherheitspatrouillen, verwandelten sich unter ihrem Einfluß in Mechanismen zur Durchführung des Völkermordes.

Die politische Führung stellte für die Angriffe ihre Milizen zur Verfügung und schickte sie in alle Landesteile, wo immer sie gebraucht wurden. Sie stachelten Verwaltungsbeamte und Militäroffiziere, die noch Skrupel hatten, zu verstärktem Einsatz an und benutzten Parteianhänger dazu, jeden zu schikanieren oder zu bedrohen, der sich über seine Beteiligung an dem Blutvergießen noch unschlüssig war. Die politischen Führer trieben die Hutu mit weit deutlicheren Worten zum Mord, als dies ihre Beamten taten, die eher vieldeutige Begriffe oder Anspielungen benutzten.

Parallel zur Nutzung existierender Hierarchien riefen die Anführer des Völkermordes eine weitere Instanz ins Leben, die das Programm der »zivilen Selbstverteidigung« umsetzen sollte. Sie wurde formal zwar erst Ende Mai geschaffen, doch einige ihrer Hauptaufgaben, beispielsweise die Rekrutierung von Beteiligten durch Verwaltungsbeamte und der Einsatz ehemaliger Soldaten als Kommandeure der »Selbstverteidigungstruppen«, nahm sie bereits während der ersten Massaker Anfang April wahr. Die »Selbstverteidi-

gungstruppen« hatten ihr Hauptquartier in den Büroräumen von Bagosora und waren vor allem in den Führungspositionen mit Personen besetzt, die – wie auch Bagosora selbst – ehemalige Offiziere mit politischem Hintergrund waren.

Mit Hilfe dieser hierarchischen Strukturen führten die Organisatoren des Völkermordes einen Vernichtungsfeldzug, der eine Perversion früherer Kampagnen darstellte, bei denen Bevölkerung und Beamte gleichermaßen aufgerufen worden waren, durch besondere Anstrengungen zum Gemeinwohl beizutragen. Dringlichkeit und Bedeutung des zu erreichenden Zieles sollten die Abkehr von den sonst üblichen bürokratischen Wegen rechtfertigen. Die Bereitschaft zu töten erhielt einen größeren Stellenwert als die formale Rangordnung. Sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich konnte es geschehen, daß sich Untergebene über ihre Vorgesetzten hinwegsetzten, wenn sie größeres Engagement beim Völkermord bewiesen. Diese Flexibilität ermutigte all jene, die bereit waren, zu ihrem persönlichen Vorteil Menschenleben zu vernichten, Ehrgeiz und Initiative zu zeigen. Die Beteiligten konnten die normalerweise durch Gesetze oder Verwaltungsverfahren gezogenen Grenzen überschreiten, und so legten Politiker oder Soldaten ein gutes Wort für Regierungsvertreter ein, Milizen bestimmten die Kandidaten für Verwaltungsämter, und Sanitäter erhoben Forderungen nach militärischen Aktionen.

Diese Praktiken, die einer schnellen und wirksamen Durchführung des mörderischen Feldzugs Vorschub leisteten, erschweren die Feststellung, wer für einzelne Verbrechen die Verantwortung trägt. Wer also die für den Völkermord Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen will, muß dafür Sorge tragen, daß Beteiligte ohne Führungsfunktionen, die dennoch größere Machtbefugnisse hatten, sich nicht der Strafe für ihre Verbrechen entziehen können, indem diese allein ihren Vorgesetzten angelastet werden.

Strategien des Tötens

In den ersten Tagen des Tötens in Kigali wählten die Mörder ihre Opfer gezielt aus. Sie gingen systematisch von Haus zu Haus und töteten Tutsi sowie habyarimanafeindliche Hutu. Verwaltungsbeamte wie der Präfekt von Kigali wiesen Bewohner der Stadt an, Tutsi durch die Errichtung von Sperren an der Flucht zu hindern und Suchkommandos zu organisieren, um jene aufzuspüren, die sich versteckten.

Drei oder vier Tage nach Beginn des Völkermordes gingen die Organisatoren zu einer anderen Strategie über: Sie holten Tutsi aus ihren Häusern und brachten sie in Regierungsstellen, Kirchen, Schulen oder andere öffent-

liche Gebäude, wo man sie später in großangelegten Operationen niedermetzelte.

Gegen Ende April läuteten die Behörden eine Phase der »Befriedung« ein, was freilich nicht das Ende des Tötens bedeutete, sondern lediglich eine stärkere Kontrolle darüber. Die Kritik aus dem Ausland – so gedämpft sie auch war – zeigte Wirkung, und die Behörden setzten den meisten Massentötungen ein Ende. Sie versuchten, Mörder strenger im Zaum zu halten, die inzwischen ihre Lizenz zum Töten mißbrauchten, beispielsweise indem sie Hutu ermordeten, mit denen sie im Streit lagen, oder die Tutsi gegen Geld, sexuelle Gefälligkeiten oder aus anderen Erwägungen heraus dabei halfen, sich ihren Verfolgern zu entziehen. Die Behörden wiesen die Milizen und andere Bürger an, Verdächtige zwecks Ermittlungen und ihrer späteren Ermordung offiziellen Stellen auszuhändigen, statt sie einfach dort zu töten, wo man sie aufspürte. Des weiteren diente die »Befriedung« den Behörden als Taktik, Tutsi aus ihren Verstecken zu locken, damit man sie töten konnte.

Mitte Mai lancierten die Behörden die Endphase, das Aufspüren der letzten überlebenden Tutsi. Sie wollten nun auch diejenigen vernichten, die sich erfolgreich hatten verstecken können, die bislang verschont worden waren – wie Frauen und Kinder – sowie jene, die durch ihren gesellschaftlichen Status Schutz genossen hatten, beispielsweise Priester oder Mediziner. Nachdem die RPF im ganzen Land weiter vorrückte, beeilten sich die Mörder, nun auch die letzten Überlebenden auszurotten, die anderenfalls später über das Blutvergießen würden aussagen können.

Während des gesamten Genozids wurden die Frauen der Tutsi oftmals vergewaltigt, gefoltert und verstümmelt, bevor man sie schließlich tötete.

Inhalt

Einleitung 15
Der Völkermord: eine Zusammenfassung 18
Die Strategie der ethnischen Spaltung 18
Das Blutbad wird vorbereitet 19
Der Angriff 21
Ein Rekrutierungsprogramm für den Völkermord 22
Die Struktur 24
Strategien des Tötens 26
Die Beteiligung der Bevölkerung 27
Unter dem Deckmantel der Legitimität 29
Überlebensstrategien 30
Das Ende der Macht der Hutu 31
Die Ruandische Patriotische Front 31
Zahlen 33
Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft 36
Diskriminierung und Gewalt werden geduldet 36
Friedenserhaltung und Sparmaßnahmen 37
Warnungen, Informationen und Verhalten des UN-Personals 38
Verwirrung und Mißverständnisse 39
Völkermord und Krieg 41
Militärisches Handeln und militärische Untätigkeit 42
Der Völkermord wird geduldet 45
Ruanda horcht auf 48
Die Zukunft 49
Das Ermittlungsprojekt 50
Sprache, Schreibweisen und Namen 53

Der Kontext des Völkermordes 55
Die Geschichte Ruandas 55
Hutu, Tutsi und Twa 55
Die Kolonialisierung verändert das politische System 59
Die Bedeutungsänderung von »Hutu« und »Tutsi« 61
Die Hutu-Revolution 64
Habyarimana übernimmt die Macht 66
Der Einparteienstaat 67
Die Armee, die Kirche und akazu *(69); Der kurze und flüchtige Wohlstand (72)*

Die Bedrohung des MRND-Blocks 74
Die ruandische Opposition (74); Der Angriff der RPF (75); Die Antwort der Regierung auf den Angriff (76); Die Konsolidierung der Opposition (78)
Kubohoza – »befreien helfen« 83
Straffreiheit und Unsicherheit (86)
Das Militär definiert »den Feind« 88
Propaganda und Praxis 94
Die Medien 96
Die Botschaft wird umgesetzt 101
Die Botschaft 102
»Die Einheit der Tutsi« (105); »Unterwanderung« (106); »Die Rückkehr des alten Regimes« (108); »Der Völkermord an den Hutu« (109); Der regionale Kontext (111); »Die Hutu als unschuldige Opfer« (113); »Die Tutsi sind an ihrem Unglück selbst schuld« (114); »Die Solidarität der Hutu« (114)
Die Rede von Mugesera: »Laßt sie nicht bei euch einmarschieren« 115
Die Vernichtung in der Praxis 119
Das Ziel im Visier (120); Die Furcht nähren (121); Befehle zum Angriff (122); Die Gewalt wird verleugnet (124); Straflosigkeit (124)
Die internationale Reaktion auf die Massaker 125
Die Internationale Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverstößen in Ruanda 126
Die Entscheidung für den Krieg 130
Wer den Frieden will, muß sich auf den Krieg vorbereiten 131
Waffen (131); Listen (133)
Die Milizen und die »Selbstverteidigung« 135
Die AMASASU und Oberst Bagosora (137); Die Suche nach potentiellen Anführern (144)
Der Angriff vom Februar 1993 145
Die Spaltung der Opposition 147
Die Unterstützung Frankreichs für Habyarimana 153
Der Preis des Krieges 159
Das Arusha-Abkommen 161
Die Gegner des Abkommens (163); Der Kauf von Macheten (164); Die Rekrutierung von Unterstützern (167); Rekrutierungsmaßnahmen der RPF (168)
Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen 169
Ressourcen und Mandat (170); Paragraph 17 (171)
Die Ermordung Melchior Ndadayes und die Gewalt in Burundi 173

Hutu Power 177
Vorboten 181
Chronologie 183
November 1993 (183); Dezember 1993 (184); Januar 1994 (187); Februar 1994 (199); März 1994 (207); April 1994 (210)
Die Reaktion der Vereinten Nationen auf die Warnungen 211
Die Reaktionen der Regierungen Frankreichs, der USA und Belgiens 215
Ein eindringlicher Appell 217
Die Erneuerung des Mandats 218

Der Völkermord auf nationaler Ebene 221
April 1994: »Der Monat, der nicht enden wollte« 221
Der Angriff auf Habyarimanas Flugzeug 223
Die Übernahme der Kontrolle 227
Bagosora als Befehlshaber (227); *»Die Premierministerin arbeitet nicht mehr …« (229)*; *Vieldeutigkeit und Doppelzüngigkeit (234)*
Die Interimsregierung 238
Der Beginn des Vernichtungsfeldzugs 241
Die Initiatoren (241); Die Tutsi im Visier (244); Die militärische Opposition: Die Erklärung vom 12. April (247)
Die Strategien der Vernichtung 248
Prioritäre Ziele (248); Gründliche Eliminierung: »Fangt auf einer Seite an …« (251); Massaker (252); Fluchthindernisse: Straßensperren und Patrouillen (256); Vergewaltigung und sexuelle Gefälligkeiten (259); Besonders brutale Verbrechen (260)
Überlebensstrategien 261
Widerstand (261); Flüchten, sich verstecken und Sicherheit erkaufen (266)
Die Organisation 269
Das Militär 270
Politiker und Milizen 277
Die Milizen (279)
Die Verwaltung 282
Die Verbreitung der Botschaft (283); Die Mobilisierung der Bevölkerung (285); Die Umsetzung der Vorschriften (289)
Ideelle und materielle Unterstützung 294
Der Klerus 297
Der Rundfunk – die Stimme der Kampagne 301

Täuschungsmanöver, Lügen und Verstellung 304
Die Mitwirkung der Bevölkerung 313
Die Ausweitung des Genozids 316
Die Beseitigung der Dissidenten 317
Anhaltende Konflikte unter den Militärs 319
Die Zerschlagung der Opposition in Gitarama 324
»Die Bevölkerung versucht nur, sich selbst zu verteidigen« 332
Straffere Kontrolle 337
Ruanda seinen »guten Namen« zurückgeben (338); »Die Gewalt […] sollte aufhören« (341); »Keine Leichen mehr auf den Straßen« (343); »Befriedung« als Täuschungsmanöver (347)
»Gerechtigkeit« während des Genozids 349
Mitte Mai: Morde an Frauen und Kindern 351
»Eine Bresche für den Feind«: Konflikte unter Hutu 353
Politische Auseinandersetzungen (354); Eigentumsstreitigkeiten (354); »Wo soll das alles enden?« (356)
Der Sieg der RPF 358

Der Völkermord auf lokaler Ebene: Gikongoro und Butare 361
Gikongoro 361
Hintergrund 361
Der Präfekt wird übergangen 365
Unterpräfekt Damien Biniga (367)*; Oberstleutnant Simba (368)*
Erste Angriffe 371
Die Gewalt breitet sich aus (373)*; Der Rundfunk macht gegen die Tutsi mobil (374)*
Musebeya 376
Der Bürgermeister widersetzt sich dem Völkermord (377); Simba übernimmt die Führung (381); Errichtung von Straßensperren (384); »Wir müssen sie alle auslöschen« (385)
»Kein Wort zur Lösung des Problems« 388
Angriffe auf Abweichler (390); Nationale Behörden forcieren das Morden (392)
Kivu: Der Verantwortung ausweichen 393
Die Tutsi in Musebeya werden ausgelöscht 396
Das Massaker in Kaduha 398
Die Kontrolle wird verschärft 407
»Befriedung« in Gikongoro (407); »Zivile Selbstverteidigung« in Gikongoro (410); Der Bürgermeister von Musebeya wird abgesetzt (412)

Nyakizu: Die Massaker 415
Butare: Der Präfekt und die Präfektur 415
Die Gemeinde Nyakizu 418
Bürgermeister Ntaganzwa: Sieg durch *kubohoza* 419
Die Herrschaft wird gefestigt (422); Hutu Power (424)
Die Grenze und die Burunder 425
Ausbildung und Waffen 429
Der Beginn des Völkermordes 432
Zusammentreiben der Tutsi, Mobilisierung der Hutu (433); Die ersten Morde (436); Nkakwa (439)
Cyahinda 442
Die »Schlacht« (445); Verstärkung der Angreifer (449); Hilfsversprechen, Vergeltungsdrohungen (453)
Die Berggipfel 458
Flucht 461
Nyakizu: Die Verwaltung des Völkermordes 464
Die Wiederherstellung des »normalen« Lebens 465
Die Sprache des Krieges (469); Säuberungen (470)
»Das restliche Unterholz säubern« 475
Mit einer Stimme sprechen 482
Zustimmung von oben (488); *Der Sicherheitsausschuß (490)*
Der Bürgermeister: Man fürchtet ihn, statt ihm zu vertrauen 492
Verbündete werden zu Feinden (494); »Gier nach Besitztümern« (495)
Der »Feind« trifft in Nyakizu ein 498
Butare: »Sie sollen Platz machen und uns die Arbeit verrichten lassen« 503
Die Ausgangssituation 503
Das Militär (506); Die Intellektuellen (508); Die Miliz und die politischen Parteien (508); Die Burunder (510)
Die Gewalt beginnt 510
Der Versuch, die Kontrolle aufrechtzuerhalten (512); Reaktion auf die Angriffe aus Gikongoro (517); Umgang mit den Vertriebenen (518)
Präfekt Habyalimana wird abgesetzt 520
Hutu Power in Butare auf dem Vormarsch (523); Massaker in Simbi (524); Massaker in Kansi (527)
Begrüßung des neuen Präfekten 529
Der Süden von Butare 539
Das Treffen vom 20. April 541
Butare: »Dies ist eine Vernichtungskampagne« 547

Systematisches Gemetzel in Butare-Stadt 551
Gezielte Morde an Einzelpersonen (551); Die Tötungswelle rollt durch die Wohnviertel (555); Mordanschläge an der Universität und im Krankenhaus (560)
Kollektives Gemetzel 565
Butare-Stadt (565); Gemeinde Ngoma: Massaker in Matyazo und Kabakobwa (566); Andernorts in der Präfektur: Die verheerende dritte Aprilwoche (568)
Die Lüge von der »Befriedung« 570
Die Massaker vom 30. April (572)
Überlebenskampf 576
Suche nach Hilfe (576); Widerstand (577)
Operationen mit Völkermordabsicht 582
Die »tatkräftige Unterstützung« des Militärs (582); Die Miliz und die Zündholzfabrik (590); Das Handeln ziviler Stellen (594)
Butare: »Arbeiter, die für ihr Land arbeiten wollen« 600
»Zivile Selbstverteidigung« in Butare 601
Leitung und Finanzierung (601); Training und Waffen (604); Die Sicherheit geht jeden an (611); Straßensperren und Patrouillen: Pflicht zur Teilnahme (612)
Sicherheitsausschüsse 619
Die Morde vom Mai 625
Schutz für Tutsi 632
Gewährt und verweigert (632); Teilweiser Schutz: Die Gruppe vor dem Präfekturgebäude (636)
Suche nach intellektueller Unterstützung: Der Premierminister der Übergangsregierung und die Professoren 640
Guhumbahumba: Jagd auf die letzten noch lebenden Tutsi 644
Durchsuchung der Felder, Waldstücke und Täler (650); Razzien in Butare-Stadt (653)
Butare: »Niemand wird vor den Unruhen sicher sein« 656
Hutu gegen Hutu 657
Persönliche und politische Konflikte (657); Regionaler Konflikt (663); Eigentum und Frauen (666)
Kontroversen über den Völkermord 672
Schutz durch Einzelpersonen (672); Schutz durch die Gemeinschaft (674); Schutz aus Prinzip (676)
Aufsässiges Militär 678
Recht und Ordnung 680
Das Handeln der Justiz (681); Kontrollversuche vor Ort (682)

Internationale Kontakte 684
Erlaubnis, einen Ort zu verlassen 688
Schwindender Rückhalt für die Mordkampagne 689
Die letzte Jagd in Butare (693)
Überlebende 695
Autorität und Verantwortung 703

Der Völkermord und die internationale Gemeinschaft 707
Der Völkermord wird ignoriert 707
UNAMIR 708
»Defensive Überlebensübung« (708); Das Mandat und untätige Zeugen des Völkermordes (713)
Die Evakuierungstruppen 719
Keine Einheimischen (724); Ecole Technique Officielle: »Laßt uns nicht im Stich!« (728)
Die Politik Belgiens 733
»Die Aktivitäten der UNAMIR einstellen« (733); »Die Sicherheit der UNAMIR« (735)
Die Politik der Vereinigten Staaten: »Ein neues Somalia« und andere Fehlinterpretationen 738
Vernebelung durch die Vereinten Nationen: »Ein Volk ist in verhängnisvolle Umstände geraten« 740
Der Schutz »der unschuldigen Zivilisten in Ruanda« (743); Die UNAMIR wird reduziert (745); Ein Ausnahmefall: Das Hotel Mille Collines (748)
Der Völkermord wird zur Kenntnis genommen 751
Ende April: Der Völkermord wird anerkannt 752
Erklärung des Generalsekretärs (754); Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats (754)
Die übliche Diplomatie 757
UNAMIR II 761
Menschenrechtseinrichtungen 764
Waffen und Munition 767
»Es lebe die französisch-ruandische Zusammenarbeit« 772
»Ohne schmutzige Hände geht es nicht« (773); Hilfe für die ruandischen Streitkräfte (778)
Französische Soldaten: eine Privatinitiative? 783
Opération Turquoise (786)
Die Erklärung von Kigeme und das Ende der »Legitimität« 808

Die Beendigung des Völkermordes 811
Die Ruandische Patriotische Front 811
»Weder Hutu noch Tutsi noch Twa« 814
Die Ideologie einer nationalen Einheit (814); Rekrutierung von Hutu als Gefolgsleute (816)
Das Ende des Völkermordes 818
Kampfhandlungen des Militärs (819); Ablehnung von UNAMIR II (820)
Menschenrechtsverstöße durch die RPF vor April 1994 823
Massaker und sonstige Menschenrechtsverstöße der RPF von April bis Juli 1994 824
Massaker im Verlauf militärischer Auseinandersetzungen (824); Kwitaba imana *und* kwitaba inama*: Massaker bei öffentlichen Versammlungen (827); Summarische und willkürliche Hinrichtungen (831); Summarische Hinrichtungen von Personen, die der Beteiligung am Völkermord bezichtigt wurden (837)*
Behinderung humanitärer Hilfe 845
Informationskontrolle 846
Vorwürfe gegen die RPF wegen Menschenrechtsverstößen 847
Die Gersony-Mission 849
Umfang und Schlußfolgerungen (849); »Der Gersony-Bericht existiert nicht« (851)
Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft 854
Verantwortlichkeit innerhalb der RPF 856

Gerechtigkeit und Verantwortung 861
Der internationale Strafgerichtshof für Ruanda 863
Beziehungen zwischen dem internationalen Strafgerichtshof und den nationalen Gerichtsbarkeiten (866); Die Verwaltung des internationalen Strafgerichtshofs (867); Zeugenschutz (869); Die Anklagen (870); Die Ruander und der internationale Strafgerichtshof (872)
Die Strafverfolgung des Völkermordes durch ruandische Behörden 875
Gesetzgebung (877); Inhaftierungen (882); Gerichtsverfahren (885); Entschädigungsleistungen (890); Die Hinrichtungen von April 1998 (892); Geständnisse (893); Zustände in den Gefängnissen und in den Hafthäusern der Gemeinden (894); Mit Auflagen verbundene Freilassungen (894)

Strafverfolgung im Ausland und sonstige Verfahren 897
Verantwortung übernehmen 900
Zusammenfassung 902

Die wichtigsten Abkürzungen 905
Ruandische Begriffe 908
Auswahlbibliographie und zitierte Artikel 909
Personenregister 922
Sachregister 932

Zur Autorin

Alison Des Forges studierte Geschichte am Radcliffe College und an der Yale University, wo sie 1972 ihren Ph.D. mit einer Dissertation zur Geschichte der Kolonialisierung Ruandas erwarb. Des Forges beschäftigte sich zeitlebens vorwiegend mit der Region der Großen Seen in Afrika, vor allem mit dem Genozid in Ruanda sowie mit Massenverbrechen und Menschenrechtsverletzungen dort und in den Nachbarstaaten.

Nachdem sie als Studentin zunächst ehrenamtlich bei der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch tätig war, wurde sie Anfang der 1990er Jahre Senior Advisor in deren Afrikaabteilung. Im Rahmen unzähliger Forschungsaufenthalte in Ruanda, Burundi, Kongo und anderen Ländern untersuchte sie Massenverbrechen in der Region. Des Forges war ferner Professorin für Geschichte an der State University of New York in Buffalo und hat als Gastprofessorin an verschiedenen Hochschulen gelehrt, u. a. an der Beijing University und der University of California, Berkley.

Alison Des Forges kam am 12. Feburar 2009 bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe ihrer Heimatstadt Buffalo ums Leben.

Human Rights Watch

Human Rights Watch (HRW) untersucht regelmäßig und systematisch Verstöße gegen Menschenrechte in etwa siebzig Ländern weltweit. Aufgrund ihrer hochaktuellen und zuverlässigen Enthüllungen ist HRW zu einer unverzichtbaren Quelle geworden, die sich mit Menschenrechten befassen. Die Aufmerksamkeit der Organisation gilt den Menschenrechtspraktiken von Regierungen jeglicher politischen Couleur, geopolitischen Ausrichtung und ethnischen oder religiösen Zuordnung. Human Rights Watch setzt sich für die Meinungs-, Rede und Pressefreiheit, die Prinzipien rechtstaatlicher Verfahren und der gesetzlichen Gleichbehandlung ebenso ein wie für eine lebendige Zivilgesellschaft; Mord, Folter, willkürliche Inhaftierungen, das Verschwindenlassen politischer Gegner, Diskriminierung und andere Verstöße gegen international anerkannte Menschenrechte werden dokumentiert und verurteilt. Ziel von HRW ist es, Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie in ihrem Land Menschenrechte verletzen. Human Rights Watch entstand 1978 unter der Bezeichnung Helsinki Watch mit der Gründung der Abteilungen für Europa und Zentralasien. Heute umfaßt die Organisation auch Abteilungen für Afrika, Nord-, Süd- und Mittelamerika, Asien und den Nahen Osten sowie thematische Abteilungen, die sich mit Waffen, Kinder- und Frauenrechten befassen. Human Rights Watch unterhält Büros in New York, Washington, Los Angeles, Brüssel, Moskau, Duschanbe, Rio de Janeiro und Hongkong. Als unabhängige Nichtregierungsorganisation erhält HRW Spenden von Privatpersonen und Stiftungen aus der ganzen Welt; sie nimmt weder direkte noch indirekte finanzielle Unterstützung von Regierungen an.

Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme

Die Internationale Vereinigung zum Schutz der Menschenrechte (FIDH) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation zur Verteidigung der Menschenrechte, die in der 1948 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« festgehalten wurden. Gegründet 1922, umfaßt die FIDH 178 nationale Mitgliedsorganisationen weltweit. Bis heute hat die FIDH mehr als 1000 Missionen in rund 100 Ländern unternommen, um Recherchen, Prozeßbeobachtungen, Mediationsprozesse oder Ausbildungskurse durchzuführen. Die FIDH ist bei den Vereinten Nationen, der UNESCO, dem Europarat und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als Beraterorganisation anerkannt und hat den Status einer Beobachterorganisation bei der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker.

Dieser Text basiert auf Recherchen von Alison Des Forges, Eric Gillet, Timothy Longman, Catherine Choquet, Michele Wagner, Trish Hiddleston, Kirsti Lattu und Jemera Rone

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der Neuausgabe 2016 by Hamburger Edition
Deutsche Erstausgabe 2002 by Hamburger Edition
© der Originalausgabe 1999 by Human Rights Watch
Titel der amerikanischen Ausgabe: »Leave none to tell the story. Genocide in Rwanda«
Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Kerstin Eitner
Umschlagfoto: Gilles Peress
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Herstellung: Jan Enns
Satz: Stempel-Garamond
von Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-311-7
1. Auflage Dezember 2016